

«Natürlich habe ich Angst vor Corona, aber was soll ich machen?»

Trotz Verbot schaffen in der Stadt Zürich viele Sexarbeiterinnen weiterhin an – sie riskieren nicht nur Bussen, sondern auch ihre Gesundheit

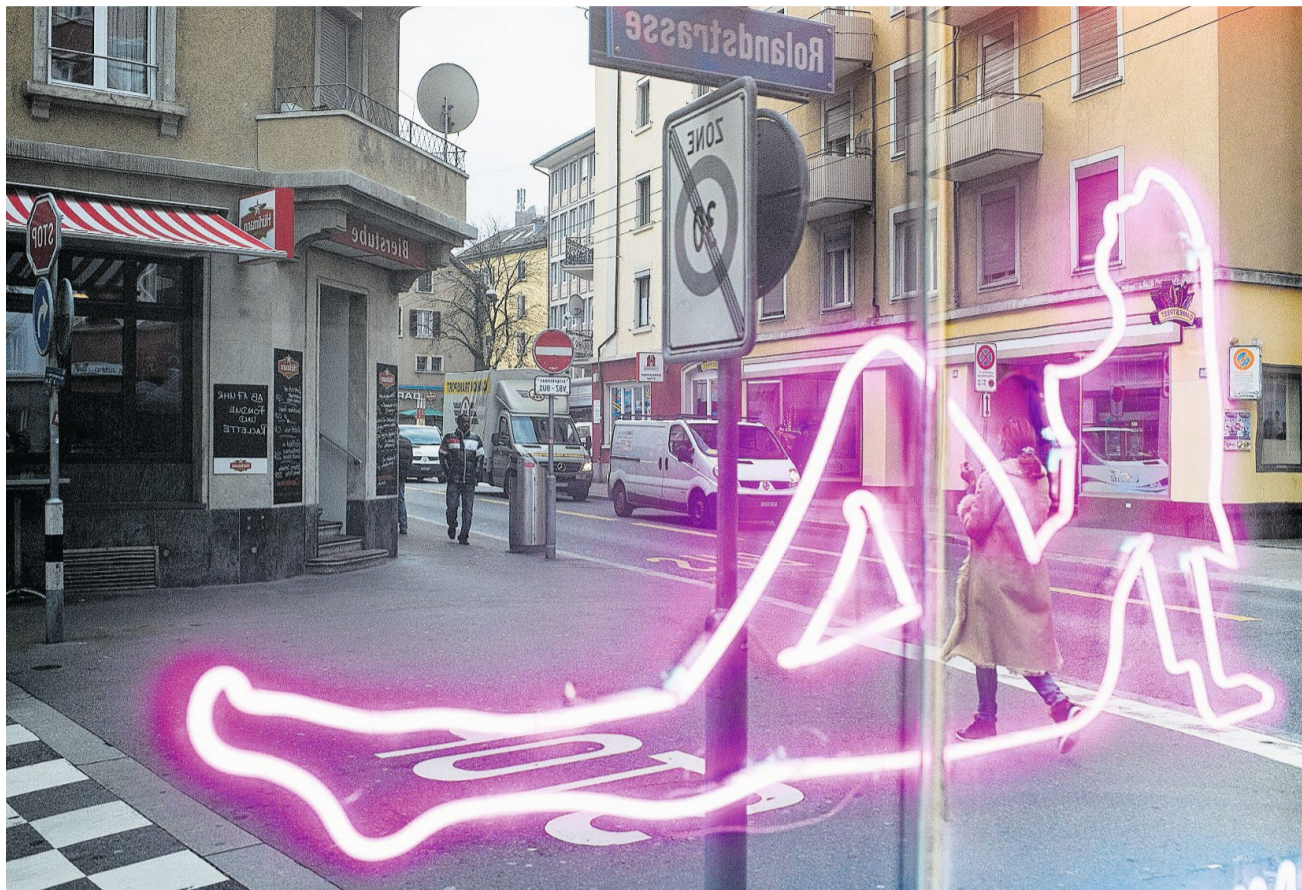
LINDA KOPONEN

Sofia arbeitet seit etwas mehr als einem Jahr als Prostituierte im Zürcher Milieu. Weil sie ohne Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz lebt, möchte sie ihren richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen. Wir treffen die gebürtige Südamerikanerin an einem Montagnachmittag in ihrem Zimmer im Umkreis der Langstrasse. Weil sie «besetzt» war, verspätet sie sich um eine halbe Stunde. Wie viele der Zürcher Sexarbeiterinnen schafft auch Sofia trotz Corona-bedingtem Prostitutionsverbot weiter an. Sie sagt: «Natürlich habe ich Angst vor Corona, aber was soll ich machen? Ich habe keine andere Option.»

Der Bundesrat hat käuflichen Sex seit Anfang März zwar wieder erlaubt. Nidwalden, das Tessin und Zürich halten jedoch weiterhin am Prostitutionsverbot fest. Die Begründung: Die Pandemie lasse eine Öffnung nicht zu. Die NZZ hat sich im Milieu umgehört, mit mehreren Beratungsstellen, Politikern und der Stadtpolizei Zürich gesprochen. Sie sagen alle dasselbe: Die Prostitution ist nicht verschwunden, sie findet weiterhin statt.

Schläge und kein Geld

Die Stadtpolizei Zürich hat seit Januar 290 Personen wegen illegaler Prostitution verzeigt. Die Klubs, Bordelle und Kleinsalons hielten sich zwar an die angeordneten Schliessungen, sagt der Mediensprecher Pascal Siegenthaler. Beim Strassenstrich und bei Sexinserten sehe es jedoch anders aus. «Es zeigt sich, dass nun wieder vermehrt Sexarbeiterinnen im Internet oder auf der Strasse sexuelle Dienstleistungen anbieten», führt Siegenthaler aus.



Das Zürcher Sexgewerbe hat sich durch das Corona-bedingte Prostitutionsverbot in den Untergrund verschoben. ENNIO LEANZA / KEYSTONE

Kontrollen durchgeführt», sagt Siegenthaler. Auch im Internet sind die Ermittler präsent. Dabei nehmen sogenannte Scheinfreier der Polizei Kontakt mit den Anbieterinnen auf.

Obwohl die Polizei ihre Präsenz im Milieu erhöht hat, fühlen sich viele der Frauen schutzlos. Sofia sagt, dass es immer wieder vorkomme, dass ein Mann

Die Frauen hätten keine Möglichkeit, Kurzarbeitsentschädigungen zu erhalten. Die Geltendmachung der Erwerbsersatzentschädigung sei oft schwierig, weil die nötigen Belege fehlten. Andere verzichteten darauf, ihren Anspruch auf Sozialhilfe anzumelden – aus Angst, ihre Aufenthaltsbewilligung zu verlieren. Aus Mangel an Alternativen würden sie trotz Verbot arbeiten, in einem Hotel, beim Freier im Auto oder im Freien.

Weil sie im Versteckten arbeiteten, fehle die soziale Kontrolle. Die Frauen seien den Freiern schutzlos ausgeliefert – etwa wenn diese ungeschützten Sex verlangten. «Die Zahl der unerwünschten Schwangerschaften und Geschlechtskrankheiten wie Gonorrhö und Chlamydien hat in den letzten Monaten stark zugenommen», sagt Bänninger.

Doro Winkler von der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ) bezeichnet die Situation als «gefährlich». Die Zahl der ausländischen Sexarbeiterinnen sei in den letzten Monaten wieder angestiegen, weil die wirtschaftliche Situation in ihren Herkunftsländern noch schlechter sei als in der Schweiz. Vielfach seien ganze Familien von den Einnahmen der Frauen abhängig. Laut Bänninger können viele Frauen jedoch zurzeit weder die Krankenkasse noch die Miete bezahlen. Aus der Prostitution auszustiegen, gelinge nur den wenigsten. Den Frauen fehle für viele Jobs die nötige Ausbildung, und für Niedrigqualifizierte gebe es in der Gastronomie oder der Reinigungsbranche im Moment nur sehr wenige freie Stellen.

«Nicht nachvollziehbar»

Auf Unverständnis stösst bei Bänninger und Winkler, dass der Zürcher Regierungsrat am Prostitutionsverbot festhält – trotz Lockerungen in anderen Bereichen. Der Bundesrat habe das landesweite Prostitutionsverbot bereits im letzten Juni aus zwei Gründen aufgehoben, sagt Bänninger. Zum einen lasse sich Prostitution mit Betriebsschliessungen nicht verhindern. Zum anderen werde die Gesundheitsprävention dadurch erschwert. «Aus bundesrätlicher Sicht ist ein Prostitutionsverbot aus epidemiologischen Gründen offensichtlich weder nötig noch zielführend.» Die Insellösung im Kanton Zürich bezeichnet Bänninger als «diskriminierend und nicht nachvollziehbar».

Der Regierungsrat sieht das Prostitutionsverbot indessen als Beitrag zur Pan-

demiebekämpfung. Der Regierungssprecher Andreas Melchior verweist auf den Regierungsratsbeschluss vom 8. Dezember. Darin wird das Verbot mit den engen Kontakten und der Durchmischung zwischen Personengruppen begründet. Weiter heisst es: «Im Gegensatz zu anderen Dienstleistungen mit engen Kontakten (z. B. Coiffeur- und Massagesalons) ist das Prostitutions- und Erotikgewerbe zudem oftmals geprägt von Abhängigkeiten, und ein beträchtlicher Teil dieses Gewerbes spielt sich in der Illegalität ab. Dabei werden naturgemäss die anwendbaren Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie nicht befolgt.»

Eine allfällige Aufhebung des Verbots hänge von der Beurteilung der Lage ab, die der Regierungsrat zusammen mit seinem Sonderstab Covid-19 laufend vornehme, schreibt Melchior. Dabei seien dieselben Kriterien massgebend wie bei anderen Massnahmen, also etwa die Situation im Gesundheitswesen und die Entwicklung der Fallzahlen. Rückendeckung erhält der Regierungsrat von der GLP-Kantonsrätin Andrea Gisler. Sie sagt: «Solange man nicht in einem Restaurant essen darf, wäre es schräg, die Prostitution zu erlauben.»

Für eine schnelle Aufhebung

Die Stadtzürcher Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart (gp.) sieht das Verbot hingegen kritisch: «Die Repression hat gravierende Auswirkungen für die Sexarbeiterinnen, weil die Prostitution jetzt im Untergrund stattfindet.» Durch das Verbot steige der Druck auf die Frauen. «Sie sind auf das Geld angewiesen und deshalb auch bereit, mehr Risiken einzugehen.» Rykart präsidiert die Fachkommission Prostitutionsgewerbe der Stadt Zürich und steht in regem Austausch mit den Beratungsstellen. Sie spricht sich für eine rasche Lockerung der Massnahmen im Sexgewerbe aus: «Den Frauen ist am meisten geholfen, wenn das Prostitutionsverbot aufgehoben wird.» Eine überdurchschnittliche Häufung der Covid-19-Fälle im Milieu sei nicht bekannt. Und: «Wenn die Prostitution wieder in einem geregelten Rahmen stattfindet, gibt es auch Schutzkonzepte, die das Risiko einer Ansteckung mindern.» Der Stadtrat habe seine Haltung beim Regierungsrat deponiert – bisher ohne Ergebnis.

Der SVP-Kantonsrat und Milieu-Anwalt Valentin Landmann plädiert aus denselben Gründen für eine schnelle Aufhebung des Verbots. Schutzkonzepte liessen sich auch im Sexgewerbe umsetzen, sagt Landmann überzeugt. «Es gibt durchaus Praktiken etwa im SM-Bereich, bei denen keine erhöhte Ansteckungsgefahr besteht.» Hinter dem Verbot vermutet Landmann eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegen Prostitution. Mit den Massnahmen würden einzig die Frauen gequält und in die Illegalität gedrängt. «Das ist ungeheuerlich.»

Dass die Prostitution trotz Verbot weiterhin stattfindet, ist auch Andrea Gisler bekannt. Sie stört sich an der mangelnden Unterstützung der betroffenen Frauen. Gisler hat bis 2019 die Zürcher Frauenzentrale präsidiert und damals die Kampagne «Stopp Prostitution. Für eine Schweiz ohne Freier» lanciert. Sie befürwortet ein Sexkaufverbot nach nordischem Modell. Das bedeutet, dass die Freier bestraft, die Prostituierten hingegen vollständig entkriminalisiert werden. Viele von ihnen würden sich aus wirtschaftlicher Not prostituieren. «Sie zu bestrafen, ist der falsche Ansatz, was es braucht, sind Ausstiegshilfen und ein Auffangnetz.»

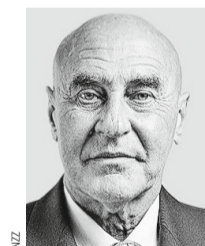
Auch die Sexarbeiterin Sofia möchte aus der Prostitution aussteigen und stattdessen in der Reinigungsbranche arbeiten. Neben ihr auf dem Bett liegt ein Stapel ihres Lebenslaufs, den sie mit der Hilfe einer Anlaufstelle erstellt hat. Bisher blieben ihre Bewerbungen erfolglos. Solange sie keinen anderen Job findet, wird sie weiterhin anschaffen.



Beatrice Bänninger
Geschäftsführerin der
Zürcher Stadtmission



Karin Rykart
Sicherheitsvorsteherin
der Stadt Zürich (gp.)



Valentin Landmann
Kantonsrat der SVP
und Milieu-Anwalt



Andrea Gisler
Kantonsrätin
der GLP

Sofia sitzt auf dem Bett in ihrem kleinen Zimmer, wo sie schläft und arbeitet. Für die Miete bezahlt sie monatlich 1200 Franken. Die Wohnung teilt sie sich mit zwei weiteren Frauen. Das Geld, das sie momentan verdiene, reiche gerade so zum Leben, sagt sie. Doch in der Heimat warten ihre zwei Kinder und ihre Mutter auf die Einnahmen aus der Schweiz. Sofia ist im mittleren Alter, hat lange braune Haare und ist sorgfältig geschminkt. Während sie spricht, zieht sie ihre Lippen mit pinkfarbenem Lippenstift nach. Im Moment bediene sie vor allem Stammfreier. Kunden auf der Strasse anzuwerben, sei schwieriger geworden, weil seit dem Prostitutionsverbot mehr Zivilpolizisten unterwegs seien. Sie sei deshalb immer auf der Hut, versuche nicht aufzufallen.

Wenn Freier dabei erwischt werden, wie sie auf dem öffentlichen Grund auf das Angebot einer Sexarbeiterin eingehen oder aktiv eine Prostituierte suchen, werden sie wegen Widerhandlung gegen die Prostitutionsgewerbeverordnung angezeigt. Die Frauen werden zusätzlich wegen Widerhandlung gegen die Covid-19-Verordnung gebüsst. «Überall da, wo trotz Verbot Prostitution angeboten wird, werden vermehrt polizeiliche

sie beim Sex schlage oder ihr nach erbrachter Dienstleistung das Geld wieder wegnehme. Dagegen wehren könne sie sich kaum, denn die Polizei einzuschalten, komme nicht infrage. Die Bussen wegen unerlaubter Prostitution seien höher als ihr Verdienst. Für Sofia hat sich mit dem Prostitutionsverbot wenig geändert. Sie hat bereits davor ohne Bewilligung und damit illegal angeschafft. Seit dem Verbot habe die Nachfrage nach käuflichem Sex aber abgenommen. Beim Aussuchen ihrer Freier könne sie deshalb nicht allzu wählerisch sein. Wenn sie zwei oder drei Tage nichts verdiene, müsse sie eben auch einen Mann bedienen, bei dem sie ein ungutes Gefühl habe.

Die soziale Kontrolle fehlt

Hart trifft das Verbot jene Frauen, die zuvor legal im Zürcher Milieu arbeiteten, aber nun ebenfalls in die Illegalität gedrängt werden. Die Beratungsstellen beobachten die Entwicklung mit grosser Sorge. Beatrice Bänninger ist die Geschäftsführerin der Zürcher Stadtmission, zu der auch die Anlaufstelle Isla Victoria gehört. Sie sagt: «Die Situation der Sexarbeiterinnen hat sich in den letzten Monaten dramatisch verschlechtert.»

Das Verbot trifft jene Frauen hart, die legal arbeiteten, aber nun in die Illegalität gedrängt werden. Die Beratungsstellen beobachten die Entwicklung mit grosser Sorge.